

Ich begrüße alle, die sich hier in Köln zur Demonstration versammelt haben!

Der türkische Staatspräsident ist von der Bundesregierung eingeladen worden und ist heute zu Gast in Köln, er genießt unser Gastrecht. Aber zugleich sagen wir: Herr Erdogan, sie sind nicht willkommen! Sie sind solange nicht willkommen, solange sie nicht ihren Krieg gegen das kurdische Volk in ihrem eigenen Staat aber auch über die türkischen Grenzen hinaus in Syrien und Irak einstellen und die Verfolgung unschuldiger Journalistinnen und Journalisten, Lehrerinnen und Lehrer, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler endlich aufgeben.

Seit Jahren führen sie ein Regime in ihrem Land, welches allen Prinzipien der Demokratie und des Rechtsstaats widerspricht. Das ist eine Diktatur, die wir in Europa nicht dulden können.

Was die Bundesregierung gerne verschweigt, muss von uns laut und deutlich gesagt werden: Die Liste ihrer Verbrechen, Herr Erdogan, ist lang. Seit Juli 2015 führen sie wieder einen mörderischen Krieg im Südosten ihres Landes, in Nordkurdistan. In Cizre, Sirnak, Nusaybin, Silopi und der Altstadt von Diyarbakir, Sur, haben sie gnadenlos auf die Zivilbevölkerung schießen lassen, haben ihre Häuser und Wohnungen, die Moscheen, Geschäfte, Cafés und Restaurants zerstört und machen sie jetzt dem Erdboden gleich, um die Bewohner endgültig zu vertreiben. Zahllose Tote und Verwundete haben die Flüchtlinge und Vertriebenen zu beklagen. Das sind Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschheit, für die sie verantwortlich sind. Statt einer Einladung zu einem Staatsbankett und zu der Einweihung einer Moschee in Köln gehören sie vor den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag.

Sie sagen, dass sich die Türkei gegen den Terror der PKK verteidigen muss. Nein, genau umgekehrt muss sich das kurdische Volk gegen den Terror des türkischen Staates verteidigen. Wir haben nicht die zahlreichen Morde, Entführungen, Bombenanschläge, Angriffe auf Demonstrationen, gezielte Tötungen und Hinrichtungen vergessen – mehr als 3200 an der Zahl –. Ihre Staatsverbrechen gegen Repräsentanten und Aktivistinnen der kurdischen Bewegung, gegen ihre Presseorgane, ihre Organisationen und Parteien hören nicht auf. Die feigen Morde an Fisan Dogan, Sakine Casiz und Leyla Saylemez im Januar 2013 in Paris sind immer noch nicht vollständig

aufgeklärt, aber soviel ist sicher: der türkische Geheimdienst war darin verwickelt. Auch dieses Verbrechen liegt in ihrer Verantwortung.

Das internationale Tribunal der Völker hat dieses Jahr in Paris Präsident Erdogan wegen zahlreicher Kriegsverbrechen verurteilt und festgestellt: „Die Repression der türkischen Organe gegen die kurdische Bevölkerung ließ ihr keine andere Wahl als sich im bewaffneten Kampf unter der Führung der PKK zu organisieren... Die PKK ist eine Organisation, die ihre nationalen, regionalen und lokalen Verantwortlichkeiten erfüllt.“ Nicht die PKK verbreitet Terror, sondern der türkische Staat unter seinem Präsidenten Erdogan. In der Bundesrepublik halten sich nicht etwa 1000 Terroristen auf, sondern nur einer, und das ist der Präsident des Türkischen Staates.

Dieser Staat verbietet immer noch die kurdische Sprache, verbietet systematisch politische Parteien, verfolgt und inhaftiert Selahattin Demirtas, den Vorsitzenden der einzigen Partei, der HDP, die die kurdischen Interessen vertritt. Seit fast zwanzig Jahren ist der Führer der kurdischen Bewegung, Abdullah Öcalan, auf Imrali im Gefängnis, seit drei Jahren wieder in Isolationshaft. Abgeordnete und Mitglieder der HDP werden ebenso verfolgt wie kurdische Medien, ihre Journalistinnen und Journalisten werden inhaftiert. Zehntausende Oppositionelle sind hinter Gittern, mehr als 100 000 Richter, Lehrerinnen und Beamte sind aus dem Dienst entlassen worden, 30 % aller Journalisten haben ihren job verloren. Dieser Staat missachtet mit all seinen kriminellen Handlungen die Grundprinzipien des internationalen Rechts, er will die kurdische Identität und Kultur zerstören. Das aber wird ihnen nicht gelingen, Herr Erdogan.

Das Kurdische Volk wird weiter um sein Selbstbestimmungsrecht kämpfen, seine Grundrechte, seine Autonomie und Selbstverwaltung. Es wird kämpfen gegen seine systematische Ausgrenzung aus den politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen, gegen die Diskriminierung seiner Sprache und Kultur, gegen die Angriffe auf seine Parteien, Medien, Zeitungen und Aktivistinnen. Es wird um die Freilassung von Abdullah Öcalan und all den anderen politischen Gefangenen kämpfen. Dabei wissen sie um die große Zustimmung in der deutschen Bevölkerung, die

zahlreichen Demonstrationen in diesen Tagen in den deutschen Städten beweisen das.

Und damit richten wir auch eine Mahnung an die deutsche Regierung. Vergessen sie nicht ihre immer wieder beschworenen europäischen Werte bei der Verfolgung ihrer ökonomischen und militärischen Interessen. „Die Türkei ist ein NATO-Partner, der uns nicht egal sein kann“ heißt es ganz richtig in den Spitzen unserer Politik. Handeln sie danach. Sie empfangen und sprechen mit einem Kriegsverbrecher, der vor den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag gehört. Bei der Bundesanwaltschaft wartet seit nun schon zwei Jahren eine umfangreiche Strafanzeige gegen den Staatspräsidenten wegen zahlreicher Kriegsverbrechen seiner Armee und Sicherheitsorgane in ihrem Krieg in Nordkurdistan auf eine Entscheidung. In Karlsruhe liegen bei der Bundesanwaltschaft alle die Beweise vor, die das Tribunal der Völker in diesem Jahr überzeugt haben, gegen Recep Tayyip Erdogan ein Urteil wegen schwerer Kriegsverbrechen auszusprechen. Es steht in ihrer Macht, in der Macht der Bundesregierung, die Bundesanwaltschaft anzuweisen, ihre Untersuchungen zu beschleunigen und zu entscheiden. Stattdessen ermächtigen sie die Staatsanwaltschaften in den Ländern, kurdische Bürger wegen angeblicher Unterstützung einer terroristischen Vereinigung zu verfolgen und hinter Gitter zu bringen. Sie betreiben das Geschäft des türkischen Staatspräsidenten hier in Deutschland. Das ist absurd, sie machen sich zu dem Komplizen eines blutigen Kriegsherren. Denn es geht nicht nur um die Pressefreiheit und die allgemeinen Menschenrechte in der Türkei, es geht um Tod und Zerstörung, um Krieg, den die Türkei jetzt auch in das Nachbarland Syrien geführt hat - völkerrechtswidrig und mit deutschen Waffen.

Wir fordern die deutsche Bundesregierung auf, ziehen sie sich aus diesem Krieg heraus, liefern sie keine Waffen an dieses Regime, heben sie endlich das Verbot der PKK auf und stellen sie die Verfolgung kurdischer Bürger in Deutschland ein. Machen sie sich nicht zum Handlanger eines Regimes, welches die Rechte seiner Bürger und das internationale Recht mit Füßen tritt.

Und von dem Gast der Bundesregierung, Staatspräsident Erdogan, fordern wir das Ende seines Krieges gegen das kurdische Volk. Ziehen sie ihre Sicherheitskräfte aus den Städten ab und bauen sie wieder auf, was sie haben zerstören lassen. Ziehen sie sich aus dem Kanton Afrin in Syrien zurück und lassen sie die Kurden in Syrien in Ruhe, sie haben dort nichts zu suchen.

Befreien sie die politischen Gefangenen aus ihren Gefängnissen, Abdullah Öcalan, Selahattin Demirtas und die zehntausende anderen Gefangenen. Beginnen sie wieder die Gespräche mit Abdullah Öcalan und den Vertreterinnen des kurdischen Volkes über eine friedliche Lösung, die Kurden sind dazu bereit. Erst wenn sie normale demokratische und rechtsstaatliche Verhältnisse in ihrem Land wiederhergestellt haben, werden sie auch hier willkommen sein. Aber seien sie sicher, mit Krieg werden sie dieses Volk nicht besiegen.

Köln, d. 29. September 2018